

17. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 12

der Abgeordneten Stefanie Remlinger (GRÜNE)

aus der 39. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. November 2013 und **Antwort**

Warum informierte der Senat so spät über die Streichung der Schulsozialarbeiterstellen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Zu welchem Datum hatte die Senatsverwaltung für Bildung Kenntnis, dass die ESF-Förderperiode zum Ende des Jahres 2013 ausläuft und damit die Finanzierung von Schulsozialarbeiterstellen auf Grundlage des Programms „Initiative Jugend Stärken“ nicht mehr gesichert ist?

Zu 1.: Das Auslaufen des ESF-Bundesprogramms „Initiative Jugend stärken“ zum Ende 2013 war seit Beginn der ESF-Förderperiode bekannt. Darin bestand aber nicht das eigentliche Problem.

Offen war und ist weiterhin die Anschlussfinanzierung für die allseits - auch vom Bund - gelobten Projekte „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und die Kompetenzagenturen, die bislang aus diesen Mitteln finanziert wurden. Hier bestand in Berlin und vielen anderen deutschen Kommunen die begründete Hoffnung auf Anschlussfinanzierung. Erst Anfang Oktober wurde tatsächlich klar, dass die erwartete verbindliche Aussage vom Bund nicht rechtzeitig zu erhalten ist, um eine Vertragsverlängerung zum Januar 2014 zu gewährleisten.

Schon im Dezember 2012 hat sich die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft in Bonn beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die weitere Förderung eingesetzt. Eine Entscheidung steht nach wie vor aus. Aktuell steht die vage Option im Raum, dass der Bund zum Sommer 2014 ein ähnliches Programm wie das bisherige Programm "Initiative Jugend stärken" auflegt.

2. Warum wurden im Haushaltsentwurf 2014/15 die entsprechenden Mittel zur Finanzierung der Schulsozialarbeiter nicht ausreichend aufgestockt, um eine Streichung von Schulsozialarbeiterstellen zu verhindern?

Zu 2.: Die aktuell für den Haushaltsentwurf 2014/2015 geplanten Mittel sind das Ergebnis der Abstimmung im Senat. Ein Mehrbedarf wurde auf Basis des Kenntnisstandes vom Frühjahr 2013 angemeldet.

Berlin, den 25. November 2013

In Vertretung

Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Dez. 2013)